



Polit-Krisengipfel tagten in Permanenz

Die Unwetter-Katastrophe in der Steiermark mit einem Schaden von mehreren hundert Millionen Schilling löste gestern auch auf politischer Ebene hektische Aktivität aus. Krisengipfel tagten in allen hauptbetroffenen Gemeinden in Permanenz.

GRAZ, VOITSBERG, STIWOLL, GRATWEIN, STALLHOFEN. In den Büros der zuständigen Landespolitiker läuteten gestern schon am frühen Morgen die Telefone Sturm. Zu erreichen waren die Spitzenpolitiker freilich nicht mehr, sie befanden sich bereits auf dem Weg in die verwüsteten Gemeinden. Die Gemeindeferenten Landeshauptmann Josef Krainer und Erster Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner-Blazizek sowie der für Katastrophenschutz zuständige Landesrat Hermann Schaller machten sich vor Ort ein Bild von den verheerenden Schäden und dem Leid jener Menschen, die aus ihren zerstörten Häusern evakuiert werden mußten.

Die Schäden in den einzelnen Katastrophengebieten konnten gestern noch nicht beziffert werden. „Der Schaden geht in die Millionen“, war der Standardsatz, den

man von den betroffenen Bürgermeistern zu hören bekam. Eine erste Hochrechnung ergab landesweite Schäden im Ausmaß von mehreren hundert Millionen Schilling.

Landeshauptmann Krainer ließ über eine Aussendung verlauten, daß er „eine umgehende Soforthilfe des Landes Steiermark für die Geschädigten“ veranlaßt und erneut Mittel aus dem Katastrophenfonds des Bundes angefordert habe.

Beim Krisengipfel in Voitsberg, an dem die gesamte Stadtregierung – Bürgermeister Hubert Kravcar hatte nach einer Nierenoperation seinen Krankenstand unterbrochen –, der Voitsberger Landesfeuerwehrkommandant Karl Strablegg und Bausachverständige teilnahmen, sagte Schachner-Blazizek rasche Hilfe nicht nur für die Gemeinden sondern auch für private Opfer der Katastrophe zu. Als

zuständiger Gemeindeferent habe er bereits die nötigen Schritte eingeleitet. Für die privaten Betroffenen sei es nun wichtig, eine unbürokratische und flexible Abwicklung zu gewährleisten. Das gelte vor allem auch für die Begutachtung durch Sachverständige des Landes.

Der Katastrophenfonds des Bundes wird die Hauptlast der Schadensbehebung zu tragen haben. Der Fonds hat heuer bereits 140 Millionen Schilling an die Länder überwiesen, wobei die Steiermark zusammen mit Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg am höchsten dotiert wurde. Die Finanzierung des Fonds erfolgt durch einen 2,29-Prozent-Anteil an der Einkommens-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftssteuer. Für heuer werden Einnahmen von 3,8 Milliarden Schilling erwartet.

Im Vorjahr wurden 63 Prozent der Ausgaben für Schutzbauten ausgegeben, elf Prozent für die Behebung von Schäden an Privatvermögen, zehn Prozent für jene an Bundesvermögen, neun Prozent für Schäden an Landesvermögen und sieben Prozent für die Gemeinden.